

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
 1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: http://proSV.akis.at

# Private wirtschaften besser - in die eigene Tasche!

**ALPINE** Group Business Areas

229.603  
 196.368  
 172.658  
 742.242  
 +81,1%  
 57.711  
 72.165  
 06 08 10 12 13  
 Schenksbeitnehmer

INSOLVENZ ALPINE Bau GmbH Informationen für Gläubiger

**Das sind die 100 reichsten Österreicher**

In der heutigen trend-Reichenliste, die wie schon seit Jahren unangefochten den Familien Porsche und Plech (41,5 Milliarden Euro) angeführt wird, finden sich diesmal exakt 30 österreichische Euro-Milliardäre.

Allein diese Gruppe vereint in Summe ein Vermögen von über 100 Milliarden Euro auf sich.

**ARBEITSLOSE IN ÖSTERREICH Bundesländer**

314.407 ohne Arbeit\*  
 zum Vorjahr +10,8% ↑

27.835 offene Stellen  
 zum Vorjahr -13,9% ↓

+15,4 +9,3 +6,8  
 +7,5 +12,3 +16,0 +10,9 +9,1  
 +15,2

Wegen **INSOLVENZ** geschlossen

**NIEDERMEYER**

AR SCHLECKER

Triumph  
 FACTORY OUTLET

**Zusperren, Pleiten, Ausverkauf ....**

# Niedermeyer, Schlecker, Dayli, Alpine-Bau: Private wirtschaften besser – in die eigene Tasche

**Pleiten und Korruption, massenhafter Einkommens- und Arbeitsplatzverlust für die arbeitenden Menschen, immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse und steigende Arbeitslosenzahlen auch bei uns im angeblichen EU-Vorzeigeland Österreich – immer weniger oder kein Auskommen mit dem Einkommen.**

Das alles sind keine Einzelfälle, keine bloßen Auswüchse von Korruption oder „schwarzen Schafen“, sondern die Ergebnisse der diesem Wirtschaftssystem innewohnenden Logik der Profitmaximierung. Der Beginn vom Ende des Liedes, das uns die Herren Industrie- und Wirtschaftsvertreter immer vorsingen: Die freie Marktwirtschaft, also der Neoliberalismus oder ganz klar, eben der Kapitalismus, seien das beste System für uns alle. Eben nicht, sondern vergleichsweise nur für eine Hand voll Reiche und Superreiche – 70.000 gibt es davon im 8-Millionen-Staat Österreich – also gerade einmal 1%! Demgegenüber sind offiziell 1.051.000 Österreicher armutsgefährdet! Mit jeder Firmenschließung, mit jeder Rationalisierung, um den Profit zu steigern, kommen täglich neue Armutsgefährdete dazu.

## Bisherige Pleiten 2013:

- Alpine Bau (fast 5.000 Beschäftigte allein in Österreich)
- Schlecker-Nachfolger Dayli (3.500 Beschäftigte österreichweit, allein größter insolventer Arbeitgeber der 2. Republik in Oberösterreich); die Dayli-Gehälter sind seit Juni offen
- Personalvermittler MPS (Graz, 800 Beschäftigte – Gehälter seit Mai offen)
- Elektrokette Niedermeyer (580 Beschäftigte)
- Schweizer Triumph-Konzern schließt die Nähwerke in Aspern und Oberpullendorf. Betroffen sind (auch in der Zentrale) 350 Beschäftigte
- Anlagenbauer Doubrava (Vöcklabruck/OÖ, 240 Beschäftigte)
- AT&S Werk Klagenfurt wird Ende 2013 geschlossen (109 Beschäftigte)
- Solarzulieferer Mage Gehring (104 Beschäftigte)
- Zumtobel-Tochterfirma in Fürstenfeld schließt (102 Beschäftigte)
- Steirischer Autozulieferer STS (66 Beschäftigte)
- Steirischer Anlagenbauer TH (40 Beschäftigte)
- usw. ...

Die Gefahr von Anschlussinsolvenzen allein bei der Alpine Bau bedroht weitere tausende Arbeitsplätze. Insgesamt betrafen die Firmeninsolvenzen 18.000 Beschäftigte allein im 1. Halbjahr 2013! Dazu kommen Privatkonkurse – 10.000 im Jahr, v.a. in Folge von Arbeitsplatzverlust oder ehemaliger Selbständigkeit.

Laut Kreditschutzverband sind zu 80% sogenannte „Managementfehler“ für die Pleiten verantwortlich, also

hausgemacht. Während die Manager in der Regel bis zum Schluss hoch bezahlt sind und meist dann in anderen Firmen gar als „Sanierer“ anheuern, die Eigentümer oft das restliche Kapital aus den Firmen ziehen, bzw. schon vorher herausgenommen haben, schauen die Beschäftigten, die die ganzen Jahre für die Gewinnerwirtschaftung gut waren, durch die Finger.

## Almosen für die Arbeitenden

Die Gelder aus dem Insolvenzausgleichsfonds sind natürlich besser als gar nichts, aber spätestens nach 3 Monaten ist Schluss. Ähnlich verhält es sich mit den „Sozialplänen“, die von den Gewerkschaften ausverhandelt werden und den Namen nicht verdienen. Denn was ist daran „sozialverträglich“, wenn die Unternehmer sich sanieren, die arbeitenden Menschen aber letztlich auf der Straße landen. Wie drückt eine Leitartiklerin des „Kurier“, Leibblatt des Raiffeisenkonzerns, Frau Salomon, es gar nicht salomonisch aus: „Pleiten gehören zum Wirtschaftsleben dazu.“ Punktum und – Schmecks!



## Freie Marktwirtschaft?

Das ist „freie Marktwirtschaft“: Die einen, die Kapitalbesitzer, können sich frei bewegen, nach Belieben Geld transferieren, Beschäftigte legal ausbeuten, Firmen schließen und das Geld rausnehmen und die Beschäftigten rauschmeißen, neue Firmen gründen und das ganze Spiel von vorne beginnen. Die anderen, die Arbeitenden, für die gibt es keine Freiheit, sie müssen jeden Job – sofern es einen solchen überhaupt gibt – annehmen, nur um über die Runden zu kommen.

So funktioniert das angebliche Leistungssystem der Wirtschaft: Die einen, die Arbeitenden, müssen was leisten, damit sich die oben den Reichtum leisten können. Während für die einen die Gewinne und Vermögen wachsen,

sinken für die anderen, die Masse der Bevölkerung, die sowieso schon mageren Einkommen stetig bis hin zu Arbeitslosigkeit und Notstand. Produkte und Menschen werden in dieser „freien Marktwirtschaft“ zu „Wegwerfartikel“ erniedrigt. Und wenn's für die Konzerne und Banken nicht klappt, bekommen sie staatlichen Schutz, werden die Spekulationsverluste übernommen und als Schulden auf die Allgemeinheit abgewälzt. Das hat schon gar nichts mit „freier“ Marktwirtschaft zu tun, sondern ist staatlich garantierte Profitwirtschaft.

## Rolle der Politik

Und was macht die Politik? Während die SPÖ-geführte Regierung durch „Sozial“-Minister Hundstorfer und mit Hilfe der Gewerkschaften via Insolvenzgeldfonds Trostpflaster für die Beschäftigten verteilen, hetzen FPÖ, BZÖ, Stronach immer wieder mit der Lüge, dass – wer arbeiten wolle, auch Arbeit finde. Und die Grünen sind dabei schon sowohl in roten wie auch schwarzen Landesregierungen Steigbügelhalter dafür. Allen ist gemeinsam, dass sie an diesem System der Profitwirtschaft nichts ändern wollen. Die Parteien und Interessenvertreter der verschiedenen Farben rittern nur darum, wer besser für die Unternehmer, die „Wirtschaft“, die Gewinne sichern und die Leute ruhig halten kann, sei es eben durch Trostpflaster oder indem man die Bevölkerung untereinander aufhetzt: noch Arbeit habende gegen Arbeitslose, Alte gegen Junge, Inländer gegen Ausländer usw.

## In die eigene Tasche

Während die Schlecker-Pleite in Deutschland 25.000 Menschen mit dem Jobverlust betraf, stieg die Schlecker-Familie mit 2 Milliarden Euro aus. Österreichs selbsternannte Schlecker-Retter wiederum ließ sich in Italien bei einer angeblichen „Geschäftsanhaltung“ um 1 Million Euro berauben – die italienische Polizei vermutet Geldwäsche. Der Dayli-Chef, der werbewirksam bei jeder Gelegenheit das Logo „Dayli – mein shop“ in die Kamera hielt und somit eher ungewollt verriet wie er tickt, dass er nämlich nicht nur die Filialen, sondern auch die Beschäftigten zu seinen Leibeigenen zählt, spekulierte auf Kosten „seiner“ 3.500 Beschäftigten darauf, dass ihm der österreichische Staat mit Erlaubnis zur Sonntagsöffnung etc. unter die Arme greift. Ihm scheren Gesetze ähnlich wie Stronach oder Lugner nichts und so wurde gleich in einem

Aufwaschen die Gewerkschaft für die jetzige Dayli-Pleite verantwortlich gemacht. Ja, wo leben wir denn?!!!

## Politik am Nasenring

Nachdem sich die Alpine-Eigentümer selbst abgesichert haben, lieben sie die Alpine pleite gehen. Die Politik darf Feuerwehr spielen, wird – wie z.B. Sozialminister Hundstorfer eben bei der Alpine – von den spanischen Eigentümern (FCC), an der Nase herumgeführt. Das Eigentum – egal wie die Eigentümer dazu gekommen sind – erwirtschaftet haben die Werte ja nicht die paar Vorstandsdamen und -herren, schon gar nicht die Aufsichtsratschefs der Alpine, der Ex-SPÖ (!) Bundeskanzler Gusenbauer (ging schon 2010 zu Haselsteiners Strabag) oder Ex-ÖVP-Außenministerin und Ex-EU-Kommisarin Ferrero-Waldner (die noch bis April 2013 diesen Job bekleidete und auf ein paar Fragen, die sich rund um die Alpine-Pleite aufdrängen, keine Antworten gibt), sondern die Masse der Bauarbeiter.

## Eigentümlich

Ja, das Vermögen und Eigentum der Kapitalisten, das sie durch Ausbeutung „ihrer“ Arbeiter angeeignet haben, ist per Gesetz „heilig“ – die arbeitenden Menschen – trotz Gewerkschaften, Sozialdemokratie und 21. Jahrhundert nach wie vor und in der Krise des Kapitalismus mehr denn je wieder Freiwild. Noch gibt es eine soziale Absicherung für Arbeitslosigkeit – nicht allzu lange – dann rattert man in den Notstand und weiter in die sogenannte „bedarfsorientierte“ Mindestsicherung (794,- Euro monatlich). Sehr „bedarfsorientiert“ – so wie sich das halt Industrie- und Ministerialbosse mit selbst Hunderttausenden bis Millionen Euro Jahreseinkommen vorstellen, was ein kleiner Mann, eine kleine Frau so an Bedarf haben dürfen. Das soll demokratisch sein? Wer hat da ein „arbeitsloses“ Einkommen? Soviel kann kein Mensch, bei aller „Verantwortung“, leisten, dass er im Monat das 40- bis 100-fache eines „Normalsterblichen“ verdient! Diese „Mindestsicherung“ wird dann aber genau von jenen, die die Partei der Reichen und Superreichen sind, wie ÖVP, Strache und Stronach, als Sozialschmarotzertum bezeichnet.

## Wer gibt, wer nimmt?

Die Wirtschaft, die sich gerne als „Arbeitgeber“ titulierte, schafft immer weniger Lehrlings- oder Arbeitsplätze

## In eigener Sache:

In der Welt und in Österreich finden immer mehr und immer öfters dramatische Ereignisse statt, die uns arbeitende Menschen immer direkter betreffen – sei es aufgrund der krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung, sei es aufgrund der Militarisierung von Politik und Wirtschaft auf internationaler Ebene. Um der immer unverschämter werdenden Politik der Eliten gegen die Masse der Bevölkerungen gemeinsam widerstehen zu können und unsere Ideen einer gerechteren Welt umsetzen zu können, brauchen wir die Erfahrung, das Wissen und die Solidarität der arbeitenden Menschen.

Wir wollen deshalb in Zukunft mit unseren Leserinnen und Lesern in Zukunft neben dem Kontakt über unsere Aussendungen mit diesem Informationsblatt oder dem persönlichen Kontakt vermehrt auch dazwischen in Verbindung stehen, zu verschiedenen Themen informieren, Stellung nehmen sowie zu Veranstaltungen oder Aktionen kurzfristig einladen. Dies gelingt einfacher und schneller über E-Mail-Zusendungen. Wir ersuchen daher unsere Leserinnen und Leser, die dies noch nicht getan haben, bei Interesse uns dafür Ihre E-Mail-Adresse zu übermitteln.

Wir machen die Zeitung ausschließlich ehrenamtlich, trotzdem entstehen steigende Kosten für deren Herstellung (Layout, Druck) und Versand (Post) oder die Betreuung des Webs. Die Zeitung soll öfters und zum Teil in Farbe erscheinen.

Bei allen unseren Spendern bedanken wir uns herzlich für die Unterstützung auf die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit weiterhin angewiesen sind. Sie können dazu jedes Mal den nunmehr wieder in jeder Ausgabe beiliegenden Erlagschein verwenden. Wir würden uns jedenfalls freuen, wenn Sie uns pro Ausgabe eine Spende zukommen lassen könnten, gleichsam auch als Zeichen, ob die Ausgabe interessant war und gefallen hat. Darüber hinaus sind wir natürlich weiterhin an Zuschriften, Leserbriefen und Meinungsaustausch sehr interessiert.

### Mit solidarischen Grüßen

Österreichisches Solidaritätskomitee  
E-Mail: oesolkom@gmx.at  
Web: <http://prosv.akis.at>

ze. Das muss immer mehr der Staat übernehmen, weil ja die Wirtschaft zwar nach Fachkräften jammert, selbst aber immer weniger ausbildet, weil sie trotz Gewinnen, die Kosten dafür nicht zahlen will. Eigentlich geben die Unternehmer überhaupt keine Arbeit, sie schaffen letztlich – von freundlich bis brutal – nur an. So ist es schon wahr: sie schaffen uns die Arbeit an, wir sollen für sie arbeiten, damit wir gerade unser Leben absichern, während deren Vermögen und Reichtum ständig steigt. Sie nehmen unsere Arbeit und zahlen zu wenig dafür – sonst hätten sie nicht soviel Reichtum anhäufen können. Damit der nicht tot herumliegt und Gewinn bringt, wurde und wird er investiert – in möglichst profitable, sprich hochspekulative Projekte. Sie, die Wirtschaft, die Industriellen, die Konzerne, sie plündern die arbeitenden Menschen und den Staat aus – genauso wie die Finanzwirtschaft, die Banken, Versicherungen, Börsianer und Spekulanten, die sich bei ihren Spekulationsverlusten beim Staat schadlos halten (siehe Hypo, Volksbank, Kommunalkredit usw.).

## Wessen Staat?

Und dieser Staat ist ihr Staat, denn er hilft den reichen Anlegern, indem er deren Schulden aus Steuergeldern abgilt, sie so zu Staatschulden macht, die dann auf einmal wir alle Schultern sollen. Da ist dann kein Geld da für Bildung, Soziales oder Gesundheit. Da heißt es dann für die Bevölkerung nur sparen, sparen, sparen. Dafür verwendet der Staat, lobbyiert von den Wirtschafts- und Industrievertreter und ihren Parteien, all seine Kraft auf – nicht für uns arbeitenden Menschen wie alle alten und neuen Parteien knapp vor den Wahlen immer wieder aufs Neue versprechen – und am Wahltag schon wieder vergessen haben. Wir sollen das auch vergessen – darum gibt's ja nicht alle Jahre, oder alle 3 Jahre (wie z.B. in Schweden),

oder alle 4 Jahre wie früher auch bei uns, sondern seit 2008 nur mehr alle 5 Jahre Wahlen. Und selbst da sollen wir zwar wählen, aber letztlich nichts entscheiden dürfen.



## Wessen „Demokratie“?

Auch das jetzt von den Oppositionsparteien Grüne, Strache, Stronach, BZÖ gegen den Willen der SPÖ-ÖVP-Regierung propagierte „Direkte-Demokratie-Paket“ ist mit Zustimmung der Opposition eine Mogelpackung, denn über alles, was EU-Kernrecht betrifft, darf gar nicht abgestimmt werden! So soll es weiter eine Schein- und Spielwiesendemokratie, mit dem neuen Schmäh von „mehr direkte Demokratie“ à la Grüne und Blaue geben. Gleichzeitig haben Banken, Konzerne und Firmenchefs weiterhin praktisch alle Rechte oder Möglichkeiten, die Menschen im täglichen Arbeitsleben – sei es als Beschäftigte, sei es noch mehr als Arbeitslose – zu dirigieren, kommandieren und letztlich zu bedrohen mit Steigerung des Arbeitspensums, Drücken der Bezahlung, oder Drohung mit Arbeitsverlust.

## Hypo-„Demokratie“

Die Wirtschaft und ihre Politikaste – egal ob in der Regierung oder in der Opposition – arbeitet da Hand in Hand – gegen die arbeitenden Menschen. Legal bis ... Wie z.B. immer mehr bei der Hypo sichtbar wird. Weil da die ganze, v.a. Blau-Schwarz-Orange Partei drinnen hängt und jetzt Wahlen vor der Tür

stehen, das BZÖ ums Überleben kämpft und ebenso wie die FPÖ um Verschleierung des und Ablenkung vom Haider-Skandal bemüht ist und auch den ÖVP-Anteil am Deal hervorholt, kommt manchmal ein Zipfelchen der Wahrheit ans Tageslicht: Etwa, dass die Hypo gar nicht auf bis zu 14 Milliarden Euro Steuerzahlerkosten (siehe auch eigener Artikel) notverstaatlicht hätte werden müssen, man sie der Bayern-LB hätte lassen können/müssen. Die Bayern-LB wiederum hat durch die Haider-FPÖ-BZÖ-Machinationen die Hypo quasi geschenkt bekommen. Als die Hypo dann ins Trudeln kam, hätte der damalige Finanzminister Josef Pröll 2008 diese nur deswegen notverstaatlicht – so der Vorwurf von BZÖ-Petzner –, um Raiffeisen, wo Pröll jetzt einen hoch bezahlten Posten hat – davor zu bewahren, via Bayern-LB, an der Raiffeisen beteiligt war, in die Haftung eintreten zu müssen.

Jetzt hatten die Steuerzahler! Dass die SPÖ dazu bislang nichts sagte, ist auch bezeichnend: Faymann war 2008 mit Pröll als Vizekanzler Regierungschef und will auch nach der nächsten Wahl mit der ÖVP weiter regieren – zu wessen Nutzen eigentlich?

## Genug für alle

Das alles müsste nicht sein. Es ist genug (Geld) für alle da. Die Wertschöpfung ist riesig, landet aber nicht dort, wo sie geschaffen wird – bei den arbeitenden Menschen. Jene, die die Werte schaffen, sollen sie auch besitzen. Umverteilung ist die einzige Möglichkeit!

## Für gleiche Arbeitsbedingungen und faire Dienstverhältnisse für alle!

Teilweise seit über 8 Jahren arbeiten ca. 1.000 KollegInnen im Allgemeinen Krankenhaus (AKH) in Wien auf den Stationen Seite an Seite mit Gemeindebediensteten als Leih- bzw. ZeitarbeiterInnen über die Fremdfirma AGO. Jetzt aber sind ihre Arbeitsplätze in Gefahr. Nun haben KollegInnen aus AGO und AKH eine Kampagne für die Übernahme der AGO KollegInnen in die Gemeinde ins Leben gerufen. <http://initiativeuebernahme.wordpress.com/about/>



# Krisengewinner:

## Die 100 reichsten Österreicher

Die Liste der reichsten Österreicher wird seit Jahren angeführt von Porsche und Piech (41,5 Milliarden Euro). Insgesamt finden sich 30 österreichische Euro-Milliardäre darunter. Allein diese Gruppe vereint in Summe ein Vermögen von über 100 Milliarden Euro auf sich. Der geschätzte Wert der Reichtümer aller 100 reichsten Österreicher summiert sich auf 120 Milliarden Euro. Das entspricht knapp 40 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder ca. der Staatsverschuldung Portugals. Die meisten heimischen Superreichen sind dank des Immobilien-Booms und der 2012 einsetzenden Aktien-Hausse trotz Krise reicher und reicher geworden.

# Hypo: Hyper- Verarschung

## Finanzministerin Fekter kassiert beim normalen Steuerzahler Länge mal Breite – da ist von „Rettung“ keine Rede.

Bei „ihren Leuten“ aber, den Reichen, den Banken usw. allerdings, spielt sie, sei es in Zypern oder bei uns, mit unseren Steuergeldern die große „Retterin“! Seit Jahren hat die Regierung u.a. die Profite bzw. Spekulationen der Großanleger und der Anteilhaber vor allem der Hypo Alpe-Adria mit unseren Steuern gefördert bzw. abgesichert.

Nun kann die durch Spekulation herbeigeführte extreme Verschuldung der drei Problembanken Hypo Alpe Adria, Kommunalkredit und ÖVAG (Österreichische Volksbanken AG) den Staat zusammen noch Minimum ca. 10 Milliarden Euro kosten, Maximum mehr als 20 Milliarden. Das heißt, wir, die Steuerzahler sollen

das dann bezahlen. 6,3 Milliarden hat man uns laut Rechnungshof schon abgeknöpft. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) geht derzeit bei einer Zerschlagung allein der Hypo Alpe-Adria von 16 Milliarden Euro Kosten aus, 14 Milliarden Euro davon würde die Republik belasten, also wieder den Steuerzahler.

# Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

**Wir sind ein Forum** von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

## Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

114/13

Einsenden an:  
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stifftgasse 8,  
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

### Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:  
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur  
Unterstützung der arbeitenden Menschen"  
Stifftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

### Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift  
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-  
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-  
zung der arbeitenden Menschen“, Stifftgasse 8, 1070  
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift  
ist die des obgenannten Vereins.

# Oma und das Bankgeheimnis

## Österreich ist eine Steueroase und steht damit in einer Reihe mit den Keyman-Islands, Brunai, Schweiz, etc.

Die Österreichische Bundesregierung – allen voran die „Löwin“ Fekter – kämpft auf europäischer Ebene darum, diesen Zustand aufrecht zu erhalten und das Bankgeheimnis zu wahren. Selten noch hat es diese Regierung oder ihre Vorgängerinnen gewagt, der EU die Stirn zu bieten. Und genau so selten hat sie sich für die Interessen der Menschen wie du und ich eingesetzt. Aber jetzt liegt ihr der kleine Sparer am Herzen?

### Was ist da passiert?

Gar nichts ist passiert. Es geht auch diesmal nicht um Menschen, die es monatlich mühsam schaffen, einige Euro zurück zu legen, um sie auf ein (schlecht verzinstes Sparbuch) zu legen. Längst ist das anonyme Sparbuch abgeschafft, und so muss von diesen kärglichen Zinsen auch noch 25% Kest bezahlt werden. Von „Omas Sparbuch“ weiß das Finanzamt bereits und schöpft schon fleißig ab.

### Wen schützt nun „unser“ Bankgeheimnis?

Die Antwort kennen wir schon: einerseits die Vermögenden, die von den Kapitalerträgen in Saus und Braus leben, andererseits die Banken und die professionellen Geldwäscher. (Menschenhandel, Rauschgifthandel ...)

### Besteuerung großer Vermögen

Seit Jahren werden die Besitzer großer Vermögen gehätschelt, nicht nur durch das Bankgeheimnis: So gibt es in Österreich keine Vermögens- und Erbschaftssteuer, dafür aber Privatstiftung, die dazu dienen, Geld (80 Mrd. Euro) am Fiskus vorbei zu führen. Die Einführung der Gruppenbesteuerung bei der Körperschaftssteuer macht es möglich, Profite zu entlasten. Österreich nimmt innerhalb der EU einen der letzten Plätze bezüglich Gewinn- und Vermögenssteuern ein. (In Österreich stammen nur 2,3 % des Steueraufkommens aus vermögensbezogenen Steuern. In den 27 EU-Staaten sind es durchschnittlich 6,6 %) Das Bankgeheimnis ist noch ein zusätzliches Instrument, diese Vermögen zu schützen.

Liest man den letzten EU-Vermögensbericht, wird deutlich, welche Summen durch die Beibehaltung dieses Privilegs dem Staat entgehen: Die reichsten 5% der Bevölkerung besitzen 46% des gesamten Vermögens, aus dem sie ihr Einkommen beziehen.

Während das Arbeitseinkommen, für das Menschen täglich mindestens 8 Stunden am Tag arbeiten müssen, progressiv besteuert wird (im Schnitt 40%), unterliegt Kapitaleinkommen nur teilweise der wesentlich geringeren Kest (25%).

Kein Mensch kommt auf die Idee ein „Lohngeheimnis“ zu fordern. Völlig selbstverständlich werden die Einkommen an das Finanzamt und die Sozialversicherung gemeldet und jeder zahlt seine Beiträge, damit unser Staatswesen finanziert werden kann. Warum soll es bei Kapitaleinkommen anders sein? Das Gegenteil ist der Fall. Österreich sponsert die Banken, unter anderem dadurch, dass 20 Mrd. Euro an den ESM abgeführt werden. Von dort geht

das Geld niedrigst verzinst an die Banken, die es wieder zu höheren Zinsen an die EU-Staaten verborgt. Ein anderes Beispiel: Die kriminellen Machenschaften der Hypo-Alpe-Adria haben den/die österreichischen Steuerzahler/ in bereits 10 Mrd. Euro gekostet. Wem dient also da unsere Finanzministerin?

### Die Banken

Österreichische Banken werben international als Finanzplatz, an dem Anonymität, Diskretion, Steuerbefreiung gewährleistet sind. Gründe genug, für Steuerflüchtlinge aus dem Ausland hier ihr Vermögen zu parken, um am eigenen Fiskus vorbei zu kommen. Vor allem aber Schwarzgeld lässt sich hier noch doppelt gewinnbringend anlegend.

Genauere Zahlen gibt es nicht, aber nach Schätzungen der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) liegen derzeit mehr als 50 Milliarden Euro an ausländischem Geld auf österreichischen Konten. (Handelsblatt, 11.4.13 online) Die österreichischen Banken frohlocken, denn für sie bedeuten diese Anlagen höheres Kapital, mit dem sie spekulieren und Profit machen können. Für sie kämpft Fekter, nicht für uns - die „kleinen Sparer“

### Nicht nur in Österreich

Österreich ist für viele internationalen Anleger aus oben genannten Gründen ein wichtiger Finanzplatz, aber nicht der einzige. (Auch das Vereinigte Königreich, das laut gegen Österreich wettet, gehört dazu.) Insgesamt werden weltweit 1,3 Billionen Euro jährlich schwarz über Grenzen verschoben, das schreibt selbst der Kurier, Sprachrohr des Raiffeisenkonzerns. Dadurch gehen zwei Mrd. Euro an Steuereinnahmen verloren (Kurier, 31. 3. 2013). Gleichzeitig wird weltweit von der Notwendigkeit des Sparens zum Zweck der Sanierung der Staatshaushalte gesprochen und hat schmerzhaft, wenn nicht sogar tödliche Einschnitte (z.B.: Selbstmorde in Griechenland, Spanien, Italien ...) bei den Sozialausgaben zur Folge. Während die Einen nicht mehr wissen, wie sie ihr tägliches Leben finanzieren sollen, wissen die Anderen sehr gut, wo sie ihr Kapital lagern sollen, damit es ja nicht weniger wird.

### Aber all das muss nicht so sein!

Ein kleines Gedankenexperiment:

- Man besteuert Zinsen und Dividenden ebenso progressiv wie Arbeitseinkommen.
- Man führt die Vermögenssteuer wieder ein.
- Man erhöht wieder die Körperschaftssteuer.
- Man passt die Besteuerung der Stiftungserträge an die Einkommenssteuersätzen an.
- Man reduziert Banken auf ihr Kerngeschäft.

### Was würde passieren?

Die Staatskassen würden sich füllen. Es wäre mehr Geld für Soziales, Bildung und Klimaschutz da. Die Menschen wären sowohl materiell, physisch und psychisch entlastet.

**Das wäre eine Politik für das Gemeinwohl und dafür wollen wir eintreten.**

# Abzug vom Golan

**Das forderte schon im Mai die Initiative „GewerkschafterInnen gegen ein Berufsheer – für Neutralität“ [www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at](http://www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at)**

Mittlerweile ist der Abzug vom Golan voll im Gange. Weil ein Wahljahr ist und weil im Jänner die Volksbefragung mit großer Mehrheit gegen ein Berufsheer ausgegangen ist, erfolgte der Abzug vom Golan. Weder ÖVP-Außenminister Spindelegger, noch SPÖ-Neo-Verteidigungsminister Klug getrauten sich das offensichtlich im syrischen Bürgerkrieg nicht mehr durchführbare UNO-Mandat, die Kriegsparteien Israel und Syrien am Golan auseinander zu halten, fortzusetzen. Der Abzug war also mehr als gerechtfertigt.

Doch leider plant Minister Klug und die Regierung samt Zustimmung von FPÖ und Team Stronach im Gewand des Bundesheeres-neu die Berufsarmee-Pläne, die von der Mehrheit der Österreicher abgelehnt wurde, trotzdem fortzusetzen. So wird in Übereinstimmung mit der ÖVP mit der UNO drüber verhandelt, zwar nicht für den Golan, aber in anderen Krisengebieten der Welt von der UNO mit einem „robusteren Mandat“ ausgestattet zu werden – so wie das jetzt schon im Kosovo der Fall ist. Dort sind österreichische Soldaten unter einem von Deutschland geführten NATO-Kommando mit Zustimmung der UNO „robust“ auf einer Seite der Streitparteien des vom Westen vor mehr als 20 Jahren provozierten Krieges gegen Jugoslawien, das daraufhin zerfiel, tätig.

Ein solches „robusteren Mandat“ heißt, so mit Waffen und Gerät

(Panzer etc.) ausgestattet zu sein, dass die Soldaten „friedensschaffend“, nicht „bloß“ friedenssichernd sein können. Was „friedensschaffend“ heißt, haben die USA im Irak oder Afghanistan vorgezeigt: Kriegführen für Konzerninteressen. Heute will die UNO unter ihrem USA-freundlichen Chef Ban Ki-moon genauso agieren. Unter Kofi Annan wehrte sich die UNO noch gegen solche Ansinnen. Heute ist die UNO immer weniger eine Friedensorganisation, sondern oft schon einseitiger Unterstützer der neokolonialen Vorhaben und Kriegspolitik vor allem der USA/NATO, aber auch EU/Euro-Armee (Battle-Groups) oder einzelner EU-Länder wie etwa im Sudan, in Libyen oder Mali. Heute ist die UNO leider oft schon Partei in Krisen- und Kriegsgebieten statt neutral.

Damit war Österreichs Abzug vom Golan voll und ganz richtig. Wenn er nicht aus wahltaktischen Gründen erfolgt ist, dann dürfte Österreich keine neuen UNO-Verpflichtungen mehr eingehen, bis die UNO wieder auf Basis ihres neutralen Status handelt.

Doch schaut man sich an, was Neo-Verteidigungsminister Klug in engster Abstimmung mit Spindelegger und Innenministerin Mikl-Leitner macht, zeigt sich das gerade Gegenteil: Da wird der unter Darabos als Berufsheer-Befürworter bekannte Generalleutnant Othmar Commenda zum Chef des Generalstabes gemacht und der

Ober-Einpeitscher für die Darabos-Berufsarmee, Generalmajor Karl Schmideder, folgt Christian Segur-Cabanac als Chef der Sektion „Einsatz“ nach. Schlüsselstellen des Bundesheeres des neutralen Staates Österreich sind mit Berufsarmee-Betreibern besetzt. Außerdem bestellte Klug 18 Drohnen (unbemannte Miniaturflugzeuge für Aufklärungszwecke). Damit wird der Wille der Bevölkerung unterlaufen und mit Füßen getreten. Man will offensichtlich Fakten schaffen für eine – möglicherweise in den nächsten 5 Jahren doch noch vorgesehenen weiteren Befragung.

Damit hängt auch die neue „Sicherheitsstrategie“ zusammen, die gemeinsam von ÖVP, SPÖ, Strache und Stronach im Parlament beschlossen wurde. Zwar kommt darin ein Nato-Beitritt nicht mehr vor und steht auch die Neutralität drinnen. Was für Österreich als neutraler Staat aber mindestens ebenso wichtig ist, ist nicht verankert, nämlich: die Nichtteilnahme an den EU-Battlegroups, die offensive Kampftruppen sind und laut EU-Militärstrategie zum Führen von Kämpfen in Krisen- und Kriegsgebieten vorgesehen sind. Deshalb wird von Klug stramm betont, dass Österreich 1.100 Soldaten für Auslandseinsätze dauerhaft zur Verfügung stellen wird.



**Nie wieder Kriegsteilnahme!**

**NEIN zu einem  
Berufsheer**

**JA zur  
Neutralität**

**GewerkschafterInnen  
gegen ein Berufsheer –  
Für die Neutralität  
Österreichs**

[www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at](http://www.gewerkschafter-gegen-berufsheer.at)

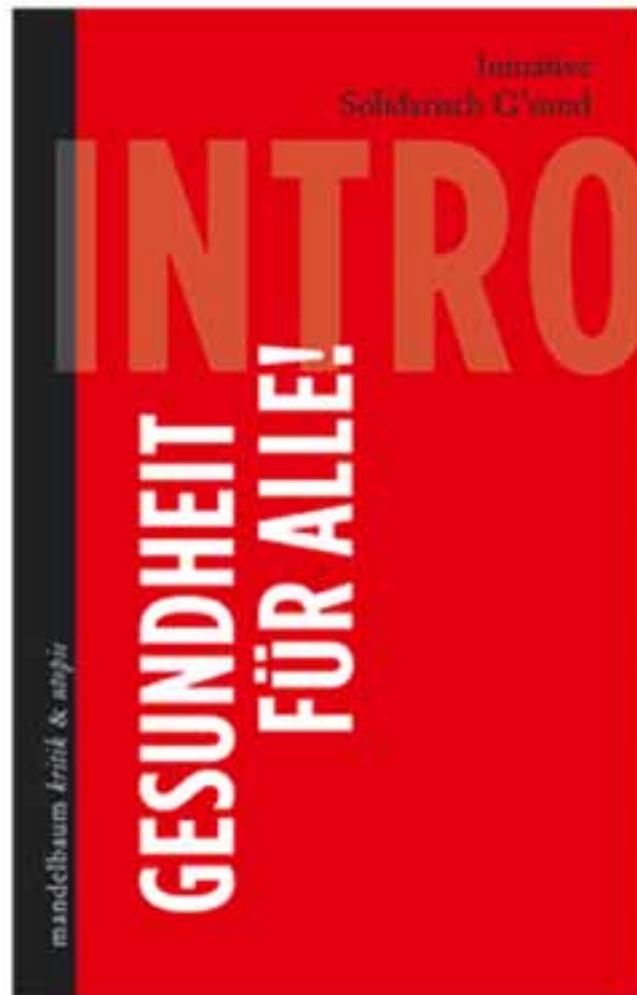


Plattform:  
**Keine Zerschlagung  
der Sozialversicherung**



Zur Gesundheitsthematik gibt es ein neu erschienenes Buch **GESUNDHEIT FÜR ALLE** herausgegeben von „Solidarisch G'sund“, Plattform für ein öffentliches Gesundheitswesen, 150 Seiten, Format 12 x 19, Broschier, Mandelbaumverlag, 12 Euro. Bei Bestellung mehrerer Exemplare ist ein Rabatt möglich. Bestellung per E-Mail an: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

Nach drei Jahrzehnten neoliberaler Verwüstungen ist das Gesundheitswesen nun auch von der Schuldenkrise des Kapitalismus bedroht. Die bereits extreme soziale Ungleichheit nimmt noch weiter zu. Dabei zeigt die Forschung, dass der allgemeine Gesundheitszustand einer Gesellschaft vor allem von sozialer Gleichheit abhängt. Das Buch erklärt wissenschaftliche Erkenntnisse dazu und zieht politische Schlussfolgerungen – gegen die Mythen in der Gesundheitsdebatte. Die Dominanz der Pharmakonzerne, die aus Gesundheit eine Ware machen, wird kritisch beleuchtet, ebenso wie die Problematik der interventionistischen Geburtshilfe und die neoliberale Veränderung der Psychiatrie. Das Buch stellt die Grundlinien des Gesundheitswesens in Deutschland und Österreich dar und beschreibt die Folgen der Privatisierung und Kommerzialisierung. Zugleich geht es darum, wie sich Menschen dagegen wehren: von Streiks in Deutschland bis zu Krankenhausbesetzungen in Griechenland. »Gesundheit für Alle« plädiert für eine solidarische Ökonomie mit umfassenden Versicherungsleistungen und schlägt Strategien vor, die auf der Erfahrung von sozialen Kämpfen basieren: von der Etablierung der Sozialversicherungen bis zu Beispielen solidarischer Ökonomien und Gesundheitsbewegungen.



## LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung und Krieg. Danke! Wir finanzieren unsere ehrenamtliche Tätigkeit ausschließlich aus Einzahlungen unserer AktivistInnen und LeserInnen. Das garantiert unsere Unabhängigkeit. Nur gemeinsam schaffen wir eine bessere Zukunft!

**Wir wünschen allen unseren LeserInnen  
einen schönen und erholsamen Sommer!**

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt  
Abs. Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8, 1070 Wien

## Spenden-Einzahlungen

**Dieser Ausgabe ist wieder ein Zahlschein beigelegt.**

Oder Sie zahlen per Überweisung eine Spende auf unser Konto wie folgt ein:

**EmpfängerIn:** W. Leisch,  
**Verwendungszweck:** ÖSK, Spende,  
**Konto-Nr.:** 00079-348-267  
**BLZ:** 60000

oder:  
**BIC:** OPSKATWW,  
**IBAN:** AT986000000079348267

Danke!

Mit solidarischen Grüßen, Österr. Solidaritätskomitee  
[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) <http://proSV.akis.at>